



RENÉ ROCK

Mitglied des Hessischen Landtages

Vorsitzender der Fraktion der
Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Herrn Staatsminister Prof. Dr. Roman Poseck
Hessisches Ministerium der Justiz
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden

Offener Brief

Schnellere, bessere und stärkere Zusammenarbeit der
Strafverfolgungsbehörden mit den Ausländer- und Asylbehörden

Hier: Dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf

Wiesbaden, 07.02.2023

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Poseck,

wir alle sind nach wie vor tief betroffen von der schrecklichen Tat in einem Regionalzug bei Brokstedt am 25. Januar 2023, bei welcher zwei junge Menschen auf tragische Weise ihr Leben verloren haben und mehrere Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Die Dramatik dieses Vorfalles ist umso größer, als die bisher durchgeführten Ermittlungen zeigen, dass es augenscheinlich im Vorfeld der Tat eindeutige Defizite bei der Zusammenarbeit und dem Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden einerseits und den Ausländer- und Asylbehörden andererseits gegeben hat.

Aufgrund dieser Defizite war der strafrechtlich bereits mehrfach in Erscheinung getretene Täter für eine nach den einschlägigen Vorschriften notwendige Anhörung zur Vorbereitung und Durchführung seiner Abschiebung für die zuständige Behörde nicht erreichbar. Dies, obwohl er sich noch wenige Tage zuvor in Untersuchungshaft befand.

Fraktion der
Freien Demokraten
im Hessischen Landtag

Schloßplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel. (0611) 3 50-73 5
r.rock@ltg.hessen.de
www.rene-rock.de

Dies lag demnach darin begründet, dass über die ab Januar 2022 laufende Untersuchungshaft weder die Ausländerbehörde noch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) informiert wurden.

Ein solcher Vorgang darf sich keinesfalls wiederholen. Es muss daher sichergestellt werden, dass die Strafverfolgungsbehörden die ihnen bekanntgewordenen Informationen, insbesondere über den Aufenthaltsort von Beschuldigten, unverzüglich an die zuständigen Ausländerbehörden weitergeben, um Behinderungen der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensabläufe auszuschließen. Dies betrifft insbesondere Informationen über den Aufenthaltsort der beschuldigten Person im Zusammenhang mit der Untersuchungshaft.

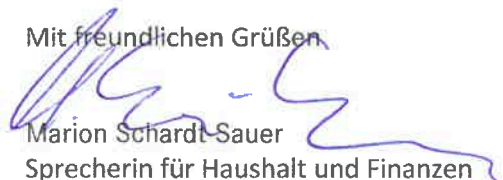
Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann hat in seinem Schreiben vom 3. Februar an die Landesjustizminister Wege aufgezeigt, wie man dieses wichtige Ziel erreichen kann und konkrete Vorschläge für die nächsten Schritte gemacht.

Die Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag unterstützt diese Vorschläge, die einer besseren Verzahnung der Arbeit der Strafverfolgungsbehörden mit den Ausländer- und Asylbehörden dienen, ausdrücklich.

Wir gehen davon aus, dass auch Sie als hessischer Minister der Justiz diese Zielsetzung unterstützen alles in ihrer Macht Stehende unternehmen werden, damit durch die hierfür zuständige Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister diese ebenso notwendige, wie auch einfach zu vollziehende Änderung der Verwaltungsvorschrift MiStra schnellstmöglich umgesetzt wird.

Hierbei ist in Anbetracht der aktuellen Ereignisse und der latenten Gefahr der Wiederholung einer solchen Tat keine Zeit zu verlieren.

Mit freundlichen Grüßen



Marion Schardt-Sauer
Sprecherin für Haushalt und Finanzen
Sprecherin für Justiz



René Rock
Fraktionsvorsitzender der
Freien Demokraten im
Hessischen Landtag